

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 11.06.2019

Ort: Gymnasium Neue Oberschule (Aula), Beethovenstraße 57, 38106

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:56 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Vertretung für: Herrn Uwe Jordan

Herr Peter Edelmann - CDU

Vertretung für: Frau Antje Keller

Frau Susanne Hahn - SPD

Vertretung für: Herrn Nils Bader

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Dennis Scholze - SPD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Gäste

Herr Matthias Fricke – ALBA Braunschweig GmbH

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Wilhelm Eckermann - stv. FBL 65

Herr Klaus Benschmidt - FBL 66

Herr Maik Trescher - StaStL 0800

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Nils Bader - SPD	entschuldigt
Herr Uwe Jordan - SPD	entschuldigt
Frau Antje Keller - CDU	entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Carsten Lehmann - FDP	entschuldigt
Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.	entschuldigt
Frau Dr. Annette Rohling - Seniorenrat Braunschweig	entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Michael Gröger - AfD	entschuldigt
Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD	entschuldigt
Herr Felix Nordheim - CDU	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.05.2019 (öffentlicher Teil) | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Sachstand zum Breitbandausbau in Braunschweig | 19-10918 |
| 3.2 | Sitzung des Beirats der ALBA Braunschweig GmbH vom 13.05.2019 | 19-11039 |
| 3.3 | Sachstand zur Umsetzung der Organisationsuntersuchung | 19-11006 |
| 3.4 | Umsetzung des Ratsauftrags "Neues PPP-Projekt zur Sanierung unserer Schulen" | 19-11119 |
| 3.5 | Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der ALBA Braunschweig GmbH für das Jahr 2018 | 19-10691 |
| 3.6 | Mündliche Mitteilungen | |
| 4 | Anträge | |

4.1	Kostenberechnung für einen Neubau der Städtischen Musikschule	19-10874
5	19-10519 Erweiterung der Kindertagesstätte der ev.-luth. Kirchengemeinde St. Thomas in Volkmarode um einen Mehrzweckraum hier: Kostenerhöhung	
6	Fortschreibung der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung in Braunschweig	19-11071
7	Anfragen	
7.1	Aktueller Sachstand Fahrradverleihsystem	19-11074
7.1.1	Aktueller Sachstand Fahrradverleihsystem	19-11074-01
7.2	Tätigkeit PPP-Abteilung	19-11072
7.2.1	Tätigkeit PPP-Abteilung	19-11072-02
7.3	Pfandringe in der Innenstadt	19-11056
7.3.1	Pfandringe in der Innenstadt	19-11056-01
7.4	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Ratsherr Köster, die TOPs 3.2 und 3.5 aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten. Ebenso soll die Mitteilung der Verwaltung unter TOP 3.4 mit der Anfrage der Fraktion Die Linke. (TOP 7.2) behandelt werden.

Weiterhin informiert Ratsherr Köster, dass der TOP 5 von der Verwaltung zurückgezogen wurde und für die Juli-Sitzung des Bauausschusses vorgesehen wird.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.05.2019 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

3. Mitteilungen

3.1. Sachstand zum Breitbandausbau in Braunschweig

19-10918

Ratsherr Köster erinnert daran, dass die fachliche Zuständigkeit für den Breitbandausbau in das Dezernat VI verlagert wurde. Der Bauausschuss hatte jedoch in seiner Sitzung am 4. Dezember 2018 gebeten, auch künftig über die weitere Entwicklung informiert zu werden.

Ratsherr Rosenbaum erklärt unter Verweis auf seine Anmerkung im Wirtschaftsausschuss, dass die Mitteilung nach seiner Einschätzung unvollständig bzw. irreführend sei, da sie ausblende, dass die Stadt im Jahr 2012/2013 durch eine Leerrohrverlegung am Flughafen selbst in den Ausbau gegangen ist. Dort hatte sich seinerzeit kein Anbieter gefunden. Bei der Auflistung der Netzbetreiber und Telekommunikationsunternehmen werden BS|Energy, EWE und Deutsche Telekom genannt, es fehlen jedoch Hinweise auf BCC und htp. BS|Energy besitzt nur im Kontext mit einem Partner die Befugnis zum Netzbetrieb. Insofern stimmt es nicht, dass unter Netzbetreiber BS|Energy bzw. BS|Netz genannt wird, die keine Zugangsberechtigung für Glasfaser- und Netzbetrieb besitzen. Dies ist relevant, da die Stadt den Wettbewerb nicht einschränken darf.

Herr Trescher erläutert, dass in der Mitteilung der aktuelle Stand des Breitbandausbaus vorgestellt wird. Aus dem Jahr 2012 besteht ein Vertrag zwischen der Stadt und der Firma BCC, der regelt, dass die Firma BCC unter Abwägung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte in die Lage versetzt wird, Leerrohre der Stadt Braunschweig mit zu nutzen. Dies betrifft vor allen Dingen den Kreuzungsbereich am Forschungsflughafen, wo BCC in Teilbereichen Glasfaserkabel verlegt hat. Bezogen auf die Nachfrage zur Partnerschaft von BS|Energy mit htp erklärt Herr Trescher, dass BS|Energy ein rein physikalisches Netz betreiben und verpachten, jedoch keine Internetdienstleistungen über das selbst aufgebaute Netz verkaufen darf. htp wurde nicht aufgeführt, da das Unternehmen zwar InternetServiceprovider ist, aber nicht das Netz in Braunschweig physikalisch aufbaut. Nur diese Unternehmen wurden aufgeführt. In naher Zukunft sollen jedoch verschiedene InternetServiceprovider auf das Glasfasernetz von BS|Energy linken können. htp wird dann nicht mehr sog. privilegierter Partner sein. Dies biete Kunden den Vorteil, einen InternetServiceprovider frei wählen zu können.

Ratsherr Kühn weist darauf hin, dass die „Weiße-Flecken-Karte“ dem Stand von Dezember 2018 entspricht. Zwischenzeitlich erfolgte Anbindungen von Gewerbegebiete sind noch nicht als versorgte Gebiete gekennzeichnet. Der aktuelle Versorgungsstand der Schulstandorte wird von Ratsherr Kühn begrüßt. Herr Trescher bestätigt, dass die Karte aufgrund der Strukturplanung bereits im letzten Jahr vorgestellt wurde. Diese Karte bildet das aktuelle Fördernetz ab. Seither wurde noch kein neues Markterkundungsverfahren durchgeführt.

Ratsherr Rosenbaum bittet um einen Vermerk im Protokoll, dass es definitiv falsch sei, BS|Energy als Netzbetreiber zu bezeichnen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Protokollnotiz: Die BS|Netz GmbH fungiert als Netzeigner und -ausbauer, nicht als Netzbetreiber.

3.2. Sitzung des Beirats der ALBA Braunschweig GmbH vom 13.05.2019

19-11039

3.5. Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der ALBA Braunschweig GmbH für das Jahr 2018

19-10691

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster begrüßt zu diesen TOPs Herrn Matthias Fricke, Geschäftsführer der ALBA Braunschweig GmbH.

Ratsherr Kühn fragt zu den in der Unterflurstation Heinrich-Heine-Straße verbauten Füllstandsensoren, ob künftig vorgesehen ist, die Behälter in einem festen Turnus oder in Abhängigkeit vom Sensorstand zu leeren. Da der Grundstückseigentümer anders als bei den normalen Abfallbehältern Eigentümer der Unterflurstation ist, bittet er darüber hinaus um

Auskunft zu den Kosten. Herr Fricke informiert, dass die Kosten für eine Unterflurstation zwischen 3.000 und 4.500 Euro liegen. Dies sei kostenintensiver als eine oberirdische Station, allerdings wirke das Umfeld der Unterflurstation optisch ansprechender. Auch wurden bislang keinerlei sog. Beistellungen festgestellt, wie diese bei Einhausungen oberirdischer Stationen oft vorkommen. Die satzungsrechtlichen Regelungen sehen aktuell eine turnusmäßige Abfuhr vor. Da bei dem Pilotprojekt verschiedene Containergrößen verbaut wurden, wurden die Füllstandsensoren der Container genutzt, um Aufschluss über die Leerungsintervalle zu erhalten. Nach einem Testbetrieb von etwa drei Monaten kann festgestellt werden, dass ein 14-tägiger Turnus ausreicht. Zur Technik erklärt Herr Fricke, dass Ultraschall-Sensoren verbaut wurden, die mit einer Software gekoppelt sind, mittels derer sich verschiedenste Aussagen zu u.a. Tourenplanung und Füllstand jederzeit ablesen lassen.

Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

3.3. Sachstand zur Umsetzung der Organisationsuntersuchung 19-11006

Stadtbaurat Leuer verweist auf die regelmäßigen mündlichen Berichte zum Sachstand der Umsetzung der Organisationsuntersuchung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement. Mit dieser Mitteilung soll der Bearbeitungsstand der einzelnen Handlungsempfehlungen ausführlicher dargestellt werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.4. Umsetzung des Ratsauftrags "Neues PPP-Projekt zur Sanierung unserer Schulen" 19-11119

7.2. Tätigkeit PPP-Abteilung 19-11072

Stadtbaurat Leuer informiert, dass mit Einführung der neuen Organisationsstruktur des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement auch der Aufbau der neuen Abteilung Konstruktion und Projektentwicklung (65.1) begonnen wurde. Bestandteil der neuen Abteilung sind entsprechend der Empfehlungen des BSL-Gutachtens die Stelle Flächen und Portfolio-Management (65.11) und Strategische Projektentwicklung (65.12). Aufgabe der Stelle 65.12 ist die Durchführung aller Aufgaben nach einer Projektentwicklung wie sie die Leistungsphase 1 der HOAI sowie die vorgeschaltete sogenannte Leistungsphase 0 beinhalten. Hierzu gehören neben der Klärung der Nutzerbedarfe, der Aufstellung der Raumprogramme und Raumbücher, die Suche geeigneter Grundstücke sowie der groben Terminschiene durch die Ermittlung des Finanzierungsbedarfs einer Maßnahme sowie ihres Betriebs für alle Neubau- und ggf. Sanierungsmaßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement. Hierbei sollen insbesondere unterschiedliche Beschaffungs-, Finanzierungs- und Betriebsmodelle bezüglich ihrer Wirtschaftlichkeit und Eignung untersucht und gegenübergestellt werden, wozu auch die Option eines PPP-Modells gehört. Stadtbaurat Leuer hebt hervor, dass diese Abteilung keine PPP-Abteilung ist, sondern ein sehr differenziertes Aufgabenfeld besitzt.

Dies vorangestellt beantwortet er die Frage zu Ziffer 1 wie folgt: Der Aufbau der Stelle 65.12 obliegt u.a. dem Aufgabenbereich der Abteilungsleitung 65.1, der im Rahmen eines extern ausgeschriebenen Stellenbesetzungsverfahrens gefunden werden konnte und zum 1. Oktober 2018 den Dienst bei der Stadtverwaltung aufgenommen hat. Die anschließend umgehend gestartete Suche nach geeignetem Fachpersonal gestaltete sich aufgrund der großen Nachfrage nach Fachkräften im Bausektor als sehr schwierig. Inzwischen konnte eine der beiden Stellen für Machbarkeitsstudien aus dem Mitarbeiterportfolio des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement besetzt werden. Die zweite Stelle des Aufgabenbereichs konnte extern besetzt werden und wird zum 1. Juli 2019 den Dienst aufnehmen. Die Stellenleitung 65.12 konnte intern besetzt werden. Die bereits erfolgreiche besetzte juristische Stelle ist inzwischen wieder vakant. Zu den Fragen unter den Ziffern 2 und 3 verweist Stadtbaurat Leuer auf die Ausführungen in der Mitteilung 19-11119.

Ratsherr Sommerfeld erklärt, dass die beabsichtigte Privatisierung der Hochbauverwaltung mit neuen PPP-Projekten für die Fraktion DIE LINKE. ein wesentlicher Grund war, dem

Haushalt nicht zuzustimmen. Unter den gegebenen Umständen werde die Fraktion auch künftigen Haushalten nicht zustimmen. In seiner Nachfrage bezieht sich Ratsherr Sommerfeld auf die in der Mitteilung zur Partnerschaft Deutschland (PD) getätigte Aussage, dass das Projekt Neubau Berufsbildende Schule IV, Helene-Engelbrecht-Schule (HES) nicht im Haushalt/Investitionsprogramm enthalten ist und fragt nach der Finanzierung der Beauftragung und weshalb die Aufgabe nicht durch die Abteilung 65.1 wahrgenommen wird.

Stadtbaurat Leuer hebt hervor, dass diese Form der alternativen Beschaffung nicht verglichen werden darf mit einem Projekt, bei dem die Bauverwaltung einen Dritten mit dem Bau beauftragt und anschließend anmietet. Dies trifft bei diesem Projekt eindeutig nicht zu. Die Abteilung 65.1 projiziert umfangreiche Baumaßnahmen und lässt sich in der Umsetzung anders als in einer gewerkweisen Vergabe von einem Generalunternehmer unterstützen. Mit Fertigstellung der Baumaßnahme liegt die Aufgabe des Betriebs und der Unterhaltung bei der Verwaltung. Nach Ansicht von Stadtbaurat Leuer ist die bauliche Abwicklung mit einem Generalunternehmer der heutigen Situation angemessen. Er würde es begrüßen, wenn hiermit die Überlegung angestoßen werden kann, wie künftig mit großen Projekten umgegangen wird. Weiter erläutert Stadtbaurat Leuer, dass die PD an der HES mit der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung aus einem Förderansatz beauftragt wurde. Mit dem vorhandenen Personalstamm erschien eine Untersuchung in Eigenregie nicht möglich, weshalb eine Unterstützungsleistung notwendig wurde.

Ratsherr Köster kritisiert die Mitteilung der Verwaltung und verweist auf den der Mitteilung zugrundeliegenden, beschlossenen finanzunwirksamen Haushaltsantrag, der die Sanierung von zehn Schulen vorgab. Er macht deutlich, dass Beschlüsse des Rates für die Verwaltung bindend und nicht Diskussionsgrundlage sind. Eine zeitnähere Information seitens der Verwaltung sei zudem zu erwarten gewesen.

Ratsherr Sommerfeld erklärt, dass es sich bei der Beauftragung eines Generalunternehmers ohne spätere Betriebsphase nicht um ein PPP-Modell handelt.

Für Ratsherr Rosenbaum ist das entscheidende Kriterium, dass die Finanzierung Bestandteil des Auftrags ist. Da in diesem Fall weder Betriebsphase noch Finanzierung durch einen Dritten erfolgt, sei davon auszugehen, dass PPP als gescheitert anzusehen ist.

Die Aussage von Ratsherr Rosenbaum bestätigt Stadtbaurat Leuer so nicht und macht darauf aufmerksam, dass sehr viele unterschiedliche partnerschaftliche Modelle möglich sind. Die Aussage von Ratsherr Sommerfeld sei zwar richtig, dennoch sei die Beauftragung eines Generalunternehmers ebenfalls ein partnerschaftliches Modell. Es gelte, das geeignetste Modell für die Durchführung der Projekte zu ermitteln. Zur Kritik von Ratsherr Köster erklärt Stadtbaurat Leuer, dass der Aufbau der Abteilung sehr aufwändig sei. Er sieht es zudem als Pflicht der Verwaltung an, andere Lösungsmöglichkeiten zur Realisierung des Antrags vorzuschlagen. Es stehe den Ratsgremien ungeachtet dessen frei, auf die Umsetzung des Ratsbeschlusses zu bestehen.

Ratsfrau Jalyschko erklärt, dass sie der PPP-Thematik verhalten gegenübersteht. Von den Ausführungen von Stadtbaurat Leuer zur Mitteilung in Bezug auf den Haushaltsantrag zeigt sie sich irritiert und verweist auf den bindenden Ratsbeschluss. Da eine Abstimmung über die Mitteilung nicht möglich ist, kann diese lediglich zur Kenntnis genommen werden.

Ratsherr Kühn kann die zur Mitteilung abgegebene Begründung zwar nachvollziehen, jedoch entspricht die Mitteilung nicht dem Ratsbeschluss zum Haushaltsantrag. Der Verwaltung solle Zeit zur Überarbeitung eingeräumt werden.

Ratsherr Sommerfeld zitiert die Definition von PPP und verweist auf die danach erforderlichen Bestandteile Finanzierung, Leistungsphase und Unterhaltung. Einem PPP-Modell steht er ablehnend gegenüber, einem Generalunternehmer im Einzelfall hingegen nicht. Insofern ist die Unterscheidung der Modelle für ihn wesentlich.

Stadtbaurat Leuer vertritt die Auffassung, dass der Begriff PPP aufgrund seiner Komplexität

hier dennoch verwendet werden kann. Die vorgelegte Mitteilung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll den Ratsgremien als Information zur weiteren Vorgehensweise in dieser Thematik dienen.

Die Mitteilung und die Stellungnahme 19-11072-02 werden zur Kenntnis genommen.

3.6. Mündliche Mitteilungen

3.6.1.

Herr Benscheidt informiert zu einer Anfrage von Bürgermitglied Pohler in der Sitzung des Bauausschusses am 2. Mai zu Verkehrsunfällen im Bereich Europaplatz, dass zwischenzeitlich ein Termin mit der Polizei wahrgenommen wurde.

Protokollnotiz: Ratsherr Köster verlässt um 15:57 Uhr die Sitzung.

Zwei Stellen auf dem Kreuzungsbereich haben im letzten Jahr erstmalig die Intensität einer Unfallhäufung erreicht. Die Signalschaltung wurde von der Polizei bei der Analyse der Unfälle allerdings nicht als unfallursächlich erfasst. Festgestellt werden kann bislang, dass im Kreuzungsbereich zahlreiche Rotlichtverstöße begangen werden. Die Situation werde mit der Polizei weiter analysiert. Herr Benscheidt sagt eine ergänzende Mitteilung zu, wenn der Verwaltung weitere Informationen zur Unfallursache vorliegen.

Protokollnotiz: Ratsherr Köster nimmt ab 15:59 Uhr wieder an der Sitzung teil.

4. Anträge

4.1. Kostenberechnung für einen Neubau der Städtischen Musikschule 19-10874

Ratsherr Köster erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Ratsherr Kühn erklärt, dass eine Kostenschätzung sinnvoll ist. Eine Notwendigkeit, dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) bereits in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause die Kostenschätzung vorzulegen, erkennt er jedoch nicht. Als Kompromiss regt er eine Vorlage zur übernächsten Sitzung des AfKW an.

Für Ratsfrau Jalyschko ist der Wert einer Kostenschätzung bzw. Kostenberechnung für eine grundsätzliche Diskussion unbestritten, da der Kostenpunkt ein bedeutender Aspekt sei.

Stadtbaurat Leuer gibt zu bedenken, dass bislang kein Standort bekannt ist. In diesem Falle wird üblicherweise anhand des Raumprogramms ein Quadratmeterpreis je Quadratmeter Brutto-Grundfläche ermittelt. Dieser muss qualifiziert sein, da die Besonderheiten einer Musikschule im Vergleich zu einem Verwaltungsgebäude zu berücksichtigen sind. Eine Kostenberechnung müsste hingegen geplant werden und erscheint ohne Standort nur schwer möglich. Stadtbaurat Leuer macht darauf aufmerksam, dass bei einer Kostenschätzung eine Schwankungsbreite von plus/minus 30 Prozent möglich ist.

Ratsherr Köster schlägt eine Änderung des Beschlussvorschlags vor.

Beschluss (geändert):

~~Die Verwaltung wird gebeten, eine grobe Kostenberechnung für einen Neubau der Städtischen Musikschule vorzunehmen und diese dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause 2019 vorzustellen.~~

Die Verwaltung wird gebeten, eine Kostenschätzung für einen Neubau der Städtischen Musikschule vorzunehmen und diese dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft spätestens in seiner übernächsten Sitzung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. 19-10519 Erweiterung der Kindertagesstätte der ev.-luth. Kirchengemeinde St. Thomas in Volkmarode um einen Mehrzweckraum hier: Kostenerhöhung

Die Vorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen.

6. Fortschreibung der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung in Braunschweig 19-11071

Herr Benschmidt erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Ratsfrau Jalyschko bittet um weitergehende Erläuterung, wie der Umfang des Ratsauftrags bzgl. Säulen und Kameras reduziert werden kann, ohne dass das Konzept als solches verändert wird. Die Vorlage greift an dieser Stelle aus ihrer Sicht zu kurz. Herr Benschmidt erklärt, dass für jede Fahrtrichtung eine Säule vorgesehen ist. Es gibt Säulentechniken, die zu jeder Seite ein Fenster vorweisen und so beide Fahrtrichtungen messen können. Diese Bauart ist etwas kostenintensiver. Ob dies mit dem vorhandenen Budget angeschafft werden kann und ob es sinnvoll erscheint, wird bei der nächsten Vorlage mit berücksichtigt. Darüber hinaus gibt es Straßen, bei denen sich die verkehrliche Situation der Fahrtrichtungen unterschiedlich darstellt, sodass an einem Standort das Aufstellen einer Säule als ausreichend erscheint. Dies wird die Verwaltung in den Gremienvorschlag nach Möglichkeit zur ersten Sitzung nach der Sommerpause einarbeiten.

Ratsfrau Jalyschko fragt, in welchem Zusammenhang die Anschaffung des Anhängers mit dem Projekt der Haushaltsoptimierung steht und welche Einsparungen sich die Verwaltung von der Beschaffung erhofft. Herr Benschmidt erläutert, dass die ursprüngliche Idee im Kontext des Projekts der Haushaltsoptimierung ein Verzicht auf Säulen zugunsten der Beschaffung von Anhängern war. Dies wäre zwar kostengünstiger gewesen, hätte aber wahrscheinlich die Fallzahlen reduziert. Weiter gibt er zu bedenken, dass ein Anhänger nicht an allen Standorten aufgestellt werden kann. Im Ergebnis hat die jetzt vorgeschlagene Fortschreibung der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung keine Haushaltseinsparung aber auch keine Mehrbelastung zur Folge.

Ratsherr Köster erklärt, dass zwischenzeitlich keine Fraktionssitzung stattgefunden hat, in der die Vorlage diskutiert werden konnte. Er schlägt deshalb vor, die Vorlage passieren zu lassen.

Bezogen auf den ursprünglichen Antrag der Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN hebt er hervor, dass ein wichtiger Aspekt war, dass nicht die „Abzocke“ sondern die Erhöhung der Verkehrssicherheit im Vordergrund stand. Dies sei durch stationäre Anlagen deutlich besser zu erreichen, da durch diese ein Gewöhnungseffekt bei den Verkehrsteilnehmern eintritt und so die Verkehrssicherheit erhöht.

Ratsherr Kühn hält dem entgegen, dass mobile Anlagen für die Verkehrssicherheit einen höheren Effekt haben als stationäre Anlagen, da sich Verkehrsteilnehmer auf die variierenden Standorte nicht einstellen können.

Protokollnotiz: Ratsfrau Hahn verlässt um 16:27 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsherr Manlik erläutert Herr Benschmidt, dass die Stationen nicht manipulationsfrei sind. Für einen Messanhänger gelten bei der Einrichtung einer Messstelle die gleichen Voraussetzungen wie für den Radarwagen.

Beschluss:

Der Bauausschuss lässt die Vorlage 19-11071 ohne Beschlussempfehlung in der Sache passieren.

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Passieren lassen):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Anfragen

7.1. Aktueller Sachstand Fahrradverleihsystem 19-11074

Ratsherr Köster bringt die Anfrage der CDU-Fraktion ein.

7.1.1. Aktueller Sachstand Fahrradverleihsystem 19-11074-01

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion.

Protokollnotiz: Ratsfrau Hahn nimmt ab 16:30 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsherr Scholze verlässt um 16:30 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Köster kritisiert, dass die Verwaltung seit mehreren Jahren keine konkreten Lösungsmöglichkeiten zum Aufbau eines Fahrradverleihsystems aufzeigt. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Verwaltung den Versuch unternimmt, ein Fahrradverleihsystem aufzubauen, ihr dafür allerdings bislang keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Das Thema Leihfahrräder hat jedoch Aufnahme in das ISEK gefunden.

Protokollnotiz: Ratsherr Scholze nimmt ab 16:33 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Jalyschko nimmt Bezug auf die Antwort von Stadtbaurat Leuer und fragt, ob die Umsetzung an einem Mangel an eingestellten Haushaltsmitteln liegt und bittet um Aussage, ob Finanzmittel in den Haushalt eingestellt werden sollen. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass es sich beim Thema Bikeshaaring um ein ISEK-Projekt handelt, das nicht offiziell gestartet wurde. Wenn der ausdrückliche Wille besteht, ein Fahrradverleihsystem anzubieten, müssen hierfür auch Finanzmittel bereitgestellt werden. Durch das Projekt der Haushaltsoptimierung sei er allerdings unsicher, ob eine Finanzierung gelingen wird.

Ratsfrau Jalyschko erklärt, dass nur schwerlich Haushaltsanträge gestellt werden können, wenn die Verwaltung kein grobes Konzept vorlegt.

Ratsherr Dobberphul berichtet vom Forum Mobilität des Städtetags. Es wurde deutlich gemacht, dass Kommunen Regelungen zu u.a. Fahrradverleihsystemen treffen sollten. Werde diese Möglichkeit aus der Hand gegeben und dem freien Markt überlassen, kann eine Entwicklung eintreten, die nicht gewollt ist und nicht mehr beherrscht werden kann. Dazu fragt Ratsherr Dobberphul, ob das Konzept einer Stadt mit einem funktionierenden Verleihsystem als Vorbild genommen werden kann. Darüber hinaus bittet er um Auskunft, wer die Kosten für den Aufbau der Infrastruktur trägt. Stadtbaurat Leuer sagt zu, die Verwaltung werde dem Ausschuss eine Konzeptbeschreibung vorlegen. Aus der Entscheidung zur Umsetzung einer zeitnahen Lösung folge aber auch eine notwendige Finanzierung des Projektes, über die ein Beschluss gefasst werden muss.

Die Stellungnahme 19-11074-01 wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Pfandringe in der Innenstadt 19-11056

Ratsherr Bley bringt die Anfrage der Fraktion P² ein.

7.3.1. Pfandringe in der Innenstadt 19-11056-01

Herr Benschmidt beantwortet die Anfrage der Fraktion P².

Ratsherr Dobberphul schildert seine eigene von der Beobachtung der Verwaltung abweichende Wahrnehmung zur Nutzung der Pfandringe.

Ratsfrau Jalyschko vollzieht nach, dass eine Differenzierung des Erfolges der Pfandringe sehr schwierig ist. Sie bittet um Auskunft, welche Nachteile die Verwaltung sieht, die gegen die Installation von Pfandringen sprechen. Herr Benscheidt verweist in seiner Antwort auf die Zuständigkeit der Verwaltung für Abfallwirtschaft, Recycling und Mehrwegsysteme. Die Verwaltung vertritt dazu die Auffassung, dass Pfandflaschen nicht aus dem Kreislauf eines mit öffentlichen Mitteln finanzierten Systems entnommen werden sollen. Pfandflaschen sollen vom Käufer zum Händler zurückgebracht werden.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko informiert Herr Benscheidt, dass die Installation weiterer Pfandringe nicht geplant ist.

Die Stellungnahme 19-11056-01 wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Mündliche Anfragen

7.4.1

Stadtbaurat Leuer informiert die Ausschussmitglieder über die für den 2. Juli terminierte Besichtigung des Bauvorhabens Führungs- und Lagezentrum der Feuerwehr. Die Besichtigung beginnt um 14 Uhr, im Anschluss ab etwa 15 Uhr findet die Sitzung des Bauausschusses in der Hauptwache der Feuerwehr statt.

7.4.2

Ratsherr Rosenbaum bittet zum Bauantrag für die Errichtung einer Wasserstoff-Gasfüllanlage an der Hamburger Straße um Mitteilung des aktuellen Sachstands. Stadtbaurat Leuer sagt eine Sachstandsmitteilung zur nächsten Sitzung zu.

7.4.3

Ratsherr Sommerfeld bittet zur Sanierung der Sophienstraße sowie Kramerstraße um eine Sachstandsmitteilung. Herr Benscheidt sagt eine Klärung und Rückmeldung zu.

7.4.4

Ratsherr Dobberphul bezieht sich auf einen in der Internetzeitung Braunschweig-Spiegel veröffentlichten Artikel zum Ägidienmarkt. Als Kritikpunkte wurden in dem Artikel genannt, dass der Platz nicht seine erwartete Funktion erfülle, die Möblierung marode und die vorgesehenen Wildblumenecken nicht vorhanden seien. Abgesehen von der abzulehnenden Diffamierung einzelner Personen empfand Ratsherr Dobberphul den Artikel als ausgesprochen negativ. Er fragt, ob die erhobenen Vorwürfe zutreffend sind und auf dem Ägidienmarkt noch Nachbesserungen o. Ä. vorgenommen werden. Stadtbaurat Leuer ist der Artikel nicht bekannt und erklärt, dass zur Gestaltung von Plätzen regelmäßig unterschiedliche Meinungen bestehen. Er vertritt die Auffassung, dass insbesondere die Freisitze der beiden anliegenden Restaurants den Platz mit Leben füllen und sich die Platzgestaltung auch auf das Leben der Kirchengemeinde positiv auswirken kann.

Die vorgetragenen Hinweise auf Schäden werden von der Verwaltung überprüft.

7.4.5

Auf Nachfrage von Ratsherr Dobberphul informiert Stadtbaurat Leuer, dass noch kein Termin für den Spatenstich am Feuerwehrhaus Timmerlah feststeht.

Die Sitzung endet um 16:56 Uhr.

gez. Köster
- Vorsitz -

gez. Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Ender
- Schriftführung -